

Rezensionen

Kathrin Hoffmann-Curtius: **Bilder zum Judenmord. Eine kommentierte Sichtung der Malerei und Zeichenkunst in Deutschland von 1945 bis zum Auschwitz-Prozess.** Marburg: Jonas Verlag für Kunst und Literatur GmbH 2014, 272 S., 221 farbige Abb., € 25,00.

Gemeinhin wird davon ausgegangen, dass die Verfolgung und Ermordung der Juden im Nationalsozialismus überwiegend anhand von Fotografien dokumentiert und erinnert worden sei. Bildende Künstler und Künstlerinnen¹ – so legen es Ausstellungen und Kunstbände nahe – hätten sich in Deutschland in der Zeit unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg entweder in die Abstraktion geflüchtet oder mit ihrer Kunst allein dem Aufbau des Sozialismus

verpflichtet. Diese Annahme ist nach dem Buch *Bilder zum Judenmord* von Kathrin Hoffmann-Curtius nicht mehr haltbar! Die Autorin hat 156 Kunstwerke von 44 Künstler und Künstlerinnen ausfindig gemacht, die aus unterschiedlichen Erfahrungen heraus Stellung zu dem grau-samsten Verbrechen der deutschen Vergangenheit beziehen, von der Kunstgeschichte bislang aber größtenteils nicht beachtet wurden. Kathrin Hoffmann-Curtius hat sich dieser eklatanten Forschungslücke angenommen. Sie leistet damit einen unschätzbaren Beitrag zur Rezeptionsgeschichte des Nationalsozialismus. Nicht nur bespricht sie die künstlerischen Darstellungen erstmals ausführlich, sondern sie macht durch ihre Studie auch deutlich, welche (Qualitäts-)Maßstäbe und blinde Flecken der Kunstgeschichtsschreibung, aber auch der Geschichtsschreibung im Land der Täter und Täterinnen eine Kenntnislücke dieser zeithistorischen Zeugnisse bisher verhinderten.

Die *kommentierten Sichtungen* der einzelnen Kunstwerke sind chronologisch angeordnet und sorgfältig bebildert, sie gehen den jeweiligen Besonderheiten und Gemeinsamkeiten differenziert und vorsichtig abwägend nach. Gerahmt und zusammengehalten werden die Betrachtungen durch den Bezug zu der sich verändernden Erinnerungskultur an den Nationalsozialismus. Die Abschnitte, in die das Buch gegliedert ist, folgen diesen Veränderungen und fragen insbesondere nach den der Öffentlichkeit zugänglichen Bilddokumenten, auf die die Künstler und Künstlerinnen notwendigerweise reagierten. Benannt sind in den Zwischenüberschriften bereits die Ähnlichkeiten der künstlerischen Darstellungsweisen und *wie*

¹ Ich schreibe hier von Künstlern und Künstlerinnen. Das mag angesichts der sich durchsetzenden Schreibweise des Gendergaps oder Unterstrichs anachronistisch oder sogar reaktionär erscheinen. Ich will hier auf keinen Fall die Notwendigkeit einer Heteronormativitätskritik in Frage stellen! Angesichts der Diskurse in Kunst und Politik, um die es in dem hier zu rezensierenden Buch geht, erscheint mit der Unterstrich jedoch unangemessen, er könnte hier auch beschönigend gelesen werden. Die Studie von Hoffmann-Curtius zeigt auch, wie ideologisch die Kunstpolitik in den ersten Jahrzehnten nach dem Krieg war, dazu gehört, dass es unter den kritisch und politisch links orientierten, überwiegend nur männliche Künstler waren, denen es gelang, ihre Arbeiten zu veröffentlichen. Mit dem Unterstrich könnte der Eindruck entstehen, dass der Kunstdiskurs in dieser Zeit weniger patriarchal und heteronormativ war. Wenn es um die Täter und Täterinnen des Nationalsozialismus geht, erscheint mir der Unterstrich angesichts der rigiden Geschlechternormen dieses Regimes gänzlich unangemessen.

sich das Erinnern jeweils veränderte: »Zeit und Menschenbilder 1945–1949«, »Frühe Bilderfolgen«, »In einem Bild gefasst«, »Ein Geständnis«, »Gedenken in den 1950er Jahren«, »Wiedererinnerung in den frühen 1960er Jahren« und »Vergangenheit in der Gegenwart. Während des Ausschwitzprozesses«. Dem Fokus auf die Rezeptionsgeschichte entsprechend hat Hoffmann-Curtius zum zentralen Auswahlkriterium ihrer Studie gemacht, dass die gemalten oder gezeichneten Arbeiten der deutschen Öffentlichkeit bis 1965 (bis zum Ende des Auschwitz-Prozesses in Frankfurt a.M.) zugänglich waren, d.h. dass sie bis dahin in der sowjetischen und/oder den westlichen Besatzungszonen bzw. in den beiden deutschen Staaten in Ausstellungen oder – was in den ersten Jahren häufig vorkam – in Graphikmappen gezeigt worden waren. Die Autorin stellt die Ausstellungs- und Rezeptionsgeschichte der einzelnen Arbeiten dar und zieht daraus Rückschlüsse auf die unterschiedlichen Kunstpolitiken und Ideologien auf beiden Seiten des *Eisernen Vorhangs* sowie auf das *Wissen* über die Ermordung der Juden auf Seiten der Rezipient_innen.

In beeindruckend kenntnisreichen, detaillierten und fundiert recherchierten Betrachtungen legt Hoffmann-Curtius dar, auf welche ikonographischen Vorbilder die Künstler und Künstlerinnen zurückgriffen, aber auch, welche Motive sich später als Symbole für den Genozid durchsetzten. Nachvollziehen lässt sich so gerade für die frühen Arbeiten, wie die Künstler und Künstlerinnen tradierte Bildmuster aufnahmen, abwandelten und veränderten. Sie haderten mit überkommenen Erinnerungsformen (z.B. Heldendarstellungen), standen sie doch vor der Herausforderung, eine zuvor nicht gekannte menschliche Grausamkeit ins Bild zu setzen. Fast alle arbeiteten nach fotografischen und filmischen Aufnahmen (sowohl der Täter als auch insbesondere der

Befreier). Hoffmann-Curtius diskutiert, inwiefern sie mit ihren Kunstwerken aus unterschiedlichen Perspektiven Einspruch erhoben in die dominante Berichterstattung. Die Kunst stand zur dokumentarischen Fotografie in enormer Konkurrenz, letztere galt als wesentlich beweiskräftiger und aus der Perspektive der Alliierten damit besser geeignet, den Deutschen vor Augen zu führen, wovon sie angeblich nichts gewusst hätten. Gezeigt wurden mit den Fotografien insbesondere tote und ausgemergelte Körper. Hoffmann-Curtius legt mit ihren Lektüren dar, dass die künstlerischen Bilder etwas zu sehen geben, was die bekannten Fotografien nicht vermögen und was nicht aufgenommen wurde respektive auch nicht aufgenommen werden konnte. Die Kunstwerke thematisieren in eindrücklicher Weise das Leben in den Lagern: die Situation in den Gaskammern, Leid und Verzweiflung, Trauer um die Toten. Die Brutalität der Täter und Täterinnen sowie die Untätigkeit der sogenannten Bystander und die für die Folter notwendige Position der Zuschauer ist in vielen Arbeiten deutlich zugespitzt dargestellt. Die Perversität des Regimes wird sichtbar, wenn Lagerbordelle verbildlicht sind, die in der Forschung erst wesentlich später von feministischen Wissenschaftler_innen behandelt wurden.

Viele Kunstwerke geben den jüdischen Opfern, einige auch denen der Sinti, ein individuelles Gesicht und zeigen Häftlinge mit einer würdevollen Distanz, überhöhen die Personen denkmalsähnlich und entgegnen antisemitischen Stereotypen. Insbesondere weibliche Personen werden als *ganze Körper* und *schön* porträtiert sowie nicht selten als weibliche Allegorien stilisiert, die für das jüdische Volk stehen. Häufig werden ältere Frauen und Mütter ins Bild gesetzt, an denen sich die aussichtslose Lage deutlich machen ließ, die aber auch in eine Verallgemeinerung

der Opfer abzugleiten drohen. Sorgfältig arbeitet die Autorin die Ambivalenzen der Geschlechterdarstellungen heraus, die zwar teilweise an tradierte Bildformeln anknüpfen und Gender-Zuschreibungen wiederholen, so zum Beispiel erneut »die Ausübung von – männlich konnotierter – Gewalt im Bild des verletzten weiblichen Körper darstell[en]« (142), zugleich damit aber bestimmte Funktionen übernehmen, z.B. die Brutalität der Judenverfolgung betonen und als weibliche Allegorien über das verbildlichte einzelne Ereignis hinaus auf gängige Gewalttaten und – strukturen verweisen (vgl. 143).

In den 1950er Jahren geriet der Genozid an den Juden in beiden deutschen Staaten in den Hintergrund, wenn überhaupt, wurde in der BRD verallgemeinernd *aller Opfer* gedacht, in der DDR »lag der Fokus bei allen kulturellen Kommentaren zur NS-Zeit auf dem antifaschistischen Widerstand« (133) und auch in der Kunst wurden nur wenige Positionen ausgestellt, die diesem Vergessen entgegenstanden. Erst ab 1958 gelangt durch verschiedene Prozesse gegen die Täter und Täterinnen, mit ersten Fotobüchern und Ausstellungen sowie vor allem mit dem Auschwitz-Prozess (1963–65) die Ermordung der Juden wieder zu öffentlicher Aufmerksamkeit. Die meisten der jüngeren und bekannteren Künstler setzten nun auf die Semantik einer spezifischen Materialästhetik. Hoffmann-Curtius bespricht ausführlich, wie sie zwar neue Formen des Gedenkens entwickelten, dabei aber zweifelhafte Möglichkeiten des Nacherlebens und zur Identifikation mit den Opfern entwarfen. Deutlich wird sie unter anderem bezüglich des *Künstlerschamanen* Joseph Beuys: Unter Bezug auf bislang wenig beachtete kritische Rezeptionen zeigt sie auf, wie dieser anstelle einer Aufarbeitung der (eigenen) Vergangenheit, Angebote der *Heilung* eröffnete, die nicht nur ihn selbst, sondern alle Deut-

schen von *seelischen Qualen* zu befreien versprochen. Dagegen erweisen sich andere Künstler (z.B. Werner Tübke) mit ihren eher traditionell wirkenden Maleerien als wesentlich reflektierter im Umgang mit Bildzitat und detailschärfer in der Darstellung.

Kathrin Hoffmann-Curtius hat eine Studie vorgelegt, die nicht nur durch ihre Materialfülle, sondern vor allem durch ihren transdisziplinären Weitblick und ihre analytische Genauigkeit überzeugt. Sie setzt damit wichtige Impulse für weitere Forschungen zur Rezeptionsgeschichte des NS in verschiedenen Disziplinen. Die deutschen Kunstmuseen müssen sich beeilen, die besprochenen Kunstwerke nun endlich (70 Jahre nach Kriegsende!) zusammen in einer Ausstellung der Öffentlichkeit zu zeigen.

Kea Wienand

Kirsten Scheiwe, Johanna Krawietz (Hrsg.): **(K)eine Arbeit wie jede andere? Die Regulierung von Arbeit im Privathaushalt.** Berlin, Boston: De Gruyter 2014, 288 S., € 99,95

Die Vielgestaltigkeit, in der Sorgetätigkeiten (Care) im alltäglichen Leben erbracht werden – nicht nur für die besonderen Lebenssituationen von Kindern, Jugendlichen, Gebrechlichen, Behinderten, Alten oder Kranken – ist bekannt: Sorgetätigkeiten können als unbezahlte Familienarbeit organisiert sein, als berufliche und gewerbliche Dienstleistungen oder als ehrenamtlich-freiwillige soziale Dienste in privaten Haushalten oder in eigens dafür vorgesehenen sozialen Einrichtungen. All diese Praktiken und Praxisformen sind durch rechtliche Regelungen geprägt, in denen sich (Nicht-)Anerkennungsformen spiegeln. Die Rechtswissenschaftlerin *Kirsten Scheiwe* und die Soziologin *Johanna*

Krawietz an der Universität Hildesheim haben zu einem klassischen Thema der Frauenbewegung und Geschlechterforschung einen Band unter einem seltener eingenommenen Blickwinkel ediert. Im Mittelpunkt der Betrachtungen stehen die rechtlichen Rahmenbedingungen für die verschiedenen Sorgearbeiten in den privaten Haushalten. Das sind vor allem das Familien- und Sozialrecht für unbezahlte Arbeit im Haushalt, das Arbeits- und Sozialrecht für Beschäftigte im Haushalt, aber auch das Steuer- und Gewerberecht für Selbständige, das Jugendhilferecht für Pflegefamilien sowie das Aufenthalts- und Ausländerrecht für die transnationalen Sorgearbeiterinnen.

Entsprechend versammelt der Band in einer feministischen Perspektive rechtshistorische, soziologische, hauswirtschaftliche, sozialpädagogische sowie arbeits- und sozialrechtliche Forschungsbefunde, in denen historische und aktuelle Praktiken der Sorgearbeit analysiert, Zeitdiagnosen erstellt und gesellschaftspolitische Schlussfolgerungen gezogen werden. So gelingt es, angesichts aktueller Kontroversen Anschluss an die Debatten der 1970er Jahre mit ihren konträren Zielsetzungen von Lohn für Hausarbeit bis zur Emanzipation durch Vollerwerbstätigkeit zu gewinnen. Längere Linien der Frauenbewegung und der feministischen Debatten werden in ihrer aktuellen gesellschaftspolitischen Relevanz sichtbar.

Dabei kann man davon ausgehen, dass ein bedeutender Aufmerksamkeits Schub für das Thema Sorgearbeit und fürsorgliche Praxis durch das Zusammentreffen verschiedener Faktoren zustande kam: veränderte demographische Gegebenheiten, neue Beschäftigungspolitik in der EU, Globalisierungstrends mit ihrer weltweiten Vertiefung sozialer Ungleichheiten und eine historisch beispiellose transnationale weibliche Arbeitsmigration aus südlichen und östlichen Ländern besonders in

die nördlichen und westlichen Länder Europas. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) hat auf diese neuen Probleme, die auch mit einem Wiedererstarken von Sklavenarbeit und Menschenhandel sowie sich immer weiter ausbreitenden informellen Formen von Beschäftigung einhergehen, mit einem neuen Übereinkommen 189 über menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte (*Decent Work for Domestic Workers*; vgl. feministische Studien 1/2012 und 2/2013) geantwortet. Die gerade erst beginnende Debatte über die Hürden und Herausforderungen, die Deutschland bei der Umsetzung des von ihm ratifizierten Übereinkommens zu überwinden hat, wird in dem ersten rechtshistorischen Teil *Vom Gesinderecht zum Arbeits- und Sozialrecht* aufgenommen.

Der Rechtswissenschaftler und Rechtshistoriker *Thomas Vormbaum* (Uni Hagen) kontrastiert die arbeitsrechtlichen Entwicklungen für die Industriearbeiterschaft mit jenen, die für Gesinde und weibliches Hauspersonal galten. *Stephan Meder* (Rechtswissenschaftler an der Uni Hannover) arbeitet die Entwicklung vom Gesinderecht als Teil des Familienrechts zu den diversen Veränderungen innerhalb des modernen Familienrechts heraus, um zu zeigen, dass es kategorial auf den Unterschied zwischen dem Prinzip der *Versorgung gegen Gehorsam* (im patriarchalischen Familienmodell und Gesinderecht) und dem Prinzip *Arbeit gegen Lohn* (Arbeitsvertragsrecht) ankommt. Diese kategorialen Unterscheidungen sind gerade auch mit Blick auf das ILO-Übereinkommen 189 nützlich, in dem ja angestrebt wird, die Beschäftigten im Privathaushalt allen anderen Beschäftigten gleichzustellen. *Kirsten Scheiwe* und *Eva Kocher* befassen sich in ihren Beiträgen jeweils mit der zentralen Problematik der Arbeitszeitregulierung. Scheiwe zeichnet rechtshistorisch die Sonderregelungen für Hausangestellte nach, für die anders als für ge-

werbliche Arbeiter/innen bis 1918 weder Höchstarbeitszeit, Nachtarbeitsverbot noch Wöchnerinnenschutz bestand. Sie kommt zu dem Schluss, dass die zentralen juristischen Argumente zur gegenwärtigen Legitimation der Ungleichbehandlung von Hausangestellten in der sog. 24-Stunden-Pflege (Untrennbarkeit von Arbeit und Freizeit sowie Familienähnlichkeit ihrer Arbeitssituation) unhaltbar sind und die speziellen Regeln für Minijobs im Haushaltsbereich (Haushaltscheckverfahren in Deutschland) diskriminierend. Kocher argumentiert verfassungsrechtlich gegen die Herausnahme der Hausangestellten in der sog. 24-Stundenpflege aus dem Schutz des Arbeitszeitgesetzes und des entsprechenden Schutzes des ILO-Übereinkommens.

Im zweiten Teil zu *familialer Arbeit, hauswirtschaftlichen Tätigkeiten und Dienstleistungen* unternimmt die Familiensoziologin und Haushaltsökonomin *Uta Meier-Gräwe* einen kurzen hauswirtschaftlichen Gang durch die Geschichte und setzt sich intensiv mit dem produktiven Charakter hauswirtschaftlicher Tätigkeiten sowohl in der Form unbezahlter Familienarbeit als auch Gestalt von Erwerbsarbeit auseinander. Im Interesse gesellschaftlicher Zukunftsfähigkeit plädiert sie für eine im Lebenslauf verankerte Doppelorientierung von Männern und Frauen an Tätigkeiten unbezahlter fürsorglicher Praxis und Erwerbsarbeit. Die Leiterin der Abteilung Gleichstellung im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (seit 2013 bei Verdi) *Eva Welskop-Deffaa* argumentiert für ein Zusammendenken einer Share (»Wirtschaftsweise des Teilens«) mit einer Care Economy; sie ist an einer Entkopplung von Arbeit im Privathaushalt von Familienkonzepten interessiert.

Johanna Krawietz widmet sich dem Thema der Haushaltsrationalisierung, das

in den 1920er Jahren parallel zu den Rationalisierungstrends in der Industrie große Konjunktur hatte und sich je nach zugrundeliegendem Gesellschaftsideal sowohl in der Architektur in Form von Ein-Küchenhäusern als auch in speziellen Arbeitsstudien im Privathaushalt und später – dominant werdend – in materiellen Haushaltstechniken (Maschinen) niederschlug. Der Rechtswissenschaftler *Harry Willekens* zeigt die Ambivalenz von Anerkennung und Nichtanerkennung der Familienarbeit im geltenden deutschen Recht auf und diskutiert Ziele für eine wünschenswerte Reform. Er plädiert dafür, den Rechtsschutz für diejenigen, die tatsächlich Familienarbeit erbringen, in diversen Rechtsfeldern zu stärken, d. h. vor allem nicht eheliche Formen des Zusammenlebens nicht zu benachteiligen

Die Beiträge des dritten Teil zu *personalen Dienstleistungen und Carearbeit im eigenen Zuhause* gehen unter Regulierungsaspekten auf Fragen ein, die bisher überwiegend in den speziellen Berufsfeldern und eben nicht unter dem Gesichtspunkt von Gender und Sorgearbeit diskutiert wurden. *Heike Hoffer*, als Rechtswissenschaftlerin an das Bundesgesundheitsministerium abgeordnet, geht auf die Geschichte der rechtlichen Regelungen für häusliche Pflege im Privathaushalt ein und hebt hervor, dass nach § 8 des Sozialgesetzbuchs XI (Langzeitpflege) häusliche Pflege als »gesamtgesellschaftliche Aufgabe« verstanden wird. Dem so ermöglichten Pflegemix entspricht ein Regulierungsmix, der neue Fragen aufwirft. *Helga Spindler*, emeritierte Hochschullehrerin für Öffentliches Recht, Sozial- und Arbeitsrecht an der Universität Duisburg-Essen geht es um die Leistungsstruktur der Pflegeversicherung. Sie entfaltet in vier Thesen, warum ein Wegfall der Regel vom Vorrang häuslicher Pflege notwendig ist. Die Rechtswissenschaftlerin *Margaret Schuler-*

Harms geht aus einer Perspektive auf die Kindertagespflege und auf Pflegekinder in einem hochregulierten Sozialleistungsbe- reich ein, die für die meisten Leser_innen sicher ungewöhnlich ist: der der Heim- arbeit. Sie thematisiert u. a. Marktzugang, Pflegegeld und soziale Sicherung ange- sichts der Ausdifferenzierung des Tätig- keitsfelds. Die Sozialpädagogen *Florian Eßer* und *Tobias Studer* fragen nach dem Verhältnis von Privatheit und Öffentlich- keit im Fall öffentlicher Erziehung in einem Vergleich von Regulierungen in der Schweiz und in Deutschland.

Der Band überzeugt durch die Analy- sen der gesellschaftspolitischen Herausfor- derungen, die sich angesichts von Sorge- bedürftigkeiten, diversen Sorgeangeboten und Arbeitsbedingungen für die Sorgetä- tigen stellen und die informierten Emp- fehlungen. Er macht nicht nur das breite Spektrum der gesellschaftlich notwendi- gen Tätigkeiten sichtbar, die auf je ver- schiedene Weise mit Privathaushalten ver- knüpft sind, sondern auch die grundle- genden Aufgaben für eine zugleich nicht diskriminierende und faire sowie dem Wohl der zu Betreuenden und zu Pflie- genden dienende rechtliche Rahmung dieser Tätigkeiten. Damit wird klar, wel- che Bedeutung der Perspektivenvielfalt zukommt, die bei jeder feministisch ori- entierten Gestaltung zu beachten ist. Sor- getätigkeit geht tatsächlich alle an. Das wird in diesem Band auf glückliche Weise auch durch die Vielfalt der Autor_innen- schaft demonstriert.

Eva Senghaas-Knobloch

Brigitte Aulenbacher, Birgit Riegraf, Hil- degard Theobald (Hrsg.): **Sorge: Arbeit, Verhältnisse, Regime**. Soziale Welt, Son- derband 20, Baden-Baden: Nomos 2014, 468 S., € 89,00

Das Thema »Care« in das Zentrum der soziologischen Debatte zu rücken, ist das erklärte Ziel der Herausgeberinnen dieses Sonderbandes einer allgemeinen soziolo- gischen Fachzeitschrift. Im Zentrum fe- ministischer Gesellschaftsdiagnosen, Sozi- alpolitikanalysen und Familienforschung steht das Thema schon lange, wie auch die beiden Themenhefte der »Feministischen Studien« (2000 und 2014) zeigen. Es ist das ausdrückliche Ziel der Herausgeber- innen, die bestehenden Rezeptionssper- ren gegenüber deren Ergebnissen durch eine »Neuvermessung« dieses Forschungs- feldes zu vermindern.

Um neu vermessen werden zu können, muss der Gegenstandsbereich »Sorge« zu- mindest abgesteckt werden. Schon in der Einleitung wird das Dilemma deutlich: Wie eingrenzen, was sich als gesellschaft- liche und individuelle Aufgabe, als Selbst- sorge und Fürsorge, als bezahlte und un- bezahlte Arbeit und eben nicht nur als Arbeit, sondern auch als Haltung und (Selbst-)Beziehung darstellt? Die Heraus- geberinnen haben sich dafür entschieden, gerade diese »Breite« darzustellen, um die unterschiedlichen Aspekte zur Geltung kommen zu lassen. In die Tiefe gehen sie in den vier Kapiteln, in die der Band auf- geteilt ist. Das erste Kapitel »Sorge als Grundlage moderner Gesellschaften« kon- zentriert sich auf gesellschaftstheoretische und sozialdiagnostische Perspektiven des Themas, das zweite »Sorge und Sorgear- beit in Alltag, Biographie und Gesell- schaft« fokussiert auf die Praktiken und Haltungen der Akteure unter den zuvor analysierten gesellschaftlichen Bedingun- gen. Das dritte Kapitel »Wandel von Go-

vernancemustern und die Organisation von Sorgearbeit« behandelt die Veränderungen in den Regulierungen der (professionellen) Sorgearbeit und im abschließenden vierten Kapitel »Sorge, Sorgearbeit und Sorgeregime« steht die wohlfahrtsstaatliche Gestaltung in verschiedenen Ländern bzw. im internationalen Vergleich im Mittelpunkt.

Bei insgesamt 26 Beiträgen kann es nicht das Ziel dieser Besprechung sein, alle Beiträge einzeln zu würdigen. Wir haben uns daher entschieden, eher summarisch den Tenor der jeweiligen Kapitel darzustellen, um die Zielsetzung der »Neuvermessung« kritisch zu bewerten.

Im ersten Kapitel wird Sorgen und Versorgtwerden als ein spezifisch moderner Anspruch auf ein »gutes bzw. gelingendes« Leben vorgestellt, der jedoch im Widerspruch zur kapitalistischen Verwertungslogik steht. Dabei sind zwei Argumentationslinien erkennbar: Ausgehend von den Verwertungsbedingungen des Kapitalismus wird die Verdrängung, Abwertung und Rationalisierung der Sorge beschrieben (*Cornelia Klinger, Regina Becker-Schmidt, Klaus Dörre u. a., Brigitte Aulenbacher / Maria Dammayr*). Oder Care wird im Sinne einer Bedürftigkeit aller Menschen als Schlüsselkategorie gesellschaftlicher Organisation zum Ausgangspunkt der Überlegungen zu einer fürsorgenden Gesellschaft (*Joan Tronto, Martha Nussbaum, Ute Gerhard*). In allen Beiträgen wird ausführlich Bezug genommen auf die Erkenntnisse der Frauen- und Geschlechterforschung, daneben wird an Konzepte »soziologischer Klassiker« zur Arbeitsteilung bzw. Kapitalismuskritik angeknüpft. Die sozialdiagnostischen Ansätze zeigen, dass Aspekte der Lebenssorge nicht mehr einfach verdrängt, sondern Vermarktungsbedingungen unterworfen werden: als »Selbsttechnologien«, die die Beschäftigungsfähigkeit steigern sollen und durch Rationalisierungs- und Polarisierungsten-

denzen sowohl in der bezahlten wie unbezahlten Arbeit. Dies stellt, so das einhellige Fazit der verschiedenen Beiträge, keine Aufwertung der Sorgetätigkeiten und -bedürfnisse dar, sondern verletzt die notwendige Ganzheitlichkeit der Tätigkeiten und vernachlässigt ein wesentliches Moment von Care: die Unberechenbarkeit von Bedürftigkeit. Erst wenn die Bedürftigkeit aller Menschen grundsätzlich anerkannt wird, lässt sich die soziale Ungleichheit zwischen »bedürftigen« und »fähigen« Menschen bzw. »schmutzigen« und »pflegenden« Tätigkeiten und im Zugang zu Versorgungsleistungen überwinden (*Tronto*). Diese Anerkennung stellt die Grundlage für die Definition menschenwürdiger Garantieleistungen für gerechte Teilhabe dar, die *Nussbaum* verfassungspolitisch am Beispiel der Rechte für Behinderte in den USA und *Gerhard* am Beispiel des Kampfes zivilgesellschaftlicher Initiativen für ein Bürgerrecht auf Sorge (als empfangende und gebende) auf europäischer Ebene erläutern. Damit lenken sie den Blick von der theoretischen Diagnose auf die Frage nach verfassungs- und sozialpolitischen Veränderungen und nach den AkteurInnen solcher Prozesse.

In stimmiger Abfolge fokussiert der zweite Abschnitt auf der Basis empirischer Studien auf die Praktiken und Haltungen der Akteure unter den zuvor analysierten gesellschaftlichen Bedingungen, enthält aber leider nur wenige Beiträge und bleibt deshalb etwas punktuell. *Ursula Apitzsch* leuchtet insbesondere die »Entsorgung« von Sorgearbeit entlang von Armutsgrenzen aus. Durch die »unfertige Revolution im Geschlechterverhältnis« verfestigen sich bestehende Machtverhältnisse in den Dimensionen Gender, Schicht und vor allem auch Ethnie. Die Tendenz zur Aufwertung von Erwerbsarbeit führt zu einer weiteren Abwertung von Care – insbesondere im Privaten und auch durch die Frauen selber. Als einzige weist Apitzsch

auf die biografische Dimension von Care hin und bringt so die Aspekte Reziprozität und Generation ins Spiel: sowohl Care-Bedarfe als auch Care-Fähigkeiten verändern sich im Lauf des Lebens. Ebenfalls für einen ganzen Forschungsstrang steht der Beitrag von *Michael Meuser*, er untersucht den Zusammenhang von Care und Männlichkeit am Beispiel involvierter Vaterschaft. Wie wichtig die Einbeziehung einer geschlechtersoziologischen Männerforschung sein kann, zeigt sich in seinen Analysen daran, dass gängige Perspektiven auf den abwesenden Vater gegen den Strich gebürstet werden: durch seine These, dass die Feminisierung von Care von der Frauenforschung reproduziert wird, indem dort fürsorgliche Praxen von Vätern stereotyp als quantitativ vernachlässigbar beschrieben werden, durch die Beschreibung der Umkehrung des hierarchischen Verhältnisses zwischen Müttern und Vätern im »maternal gate keeping« sowie durch die Bemühungen, Care mit Männlichkeit in Einklang zu bringen.

Die anschließenden Beiträge von *Birgit Pfau-Effinger* und *Thorsten Euler*, *Monica Budowski* und *Sebastian Schief* sowie von *Helma Lutz* und *Ewa Palenga* hätten ebenso gut dem stärker auf Wohlfahrts- bzw. Care-Regime ausgerichteten Kapitel 4 zugeordnet werden können. Ihre zentralen Aussagen sind gleichwohl von großer Bedeutung. Sie richten sich auf die Frage der Geschlechterkultur und der kulturellen Familienmodelle in unterschiedlichen Ländergruppen und belegen einerseits die Persistenz kultureller Differenzen entlang bestimmter Entwicklungspfade, andererseits aber auch ihren sozialen und generationellen Wandel. Die Untersuchung sozioökonomisch prekär lebender Haushalte in Chile, Costa Rica und Spanien bestätigt die shock-absorber-Funktion von Frauen und Familien in Krisenzeiten, zeigt aber auch die hohe Bedeu-

tung der Welfare-Regime für die Alltagspraktiken. Gleiches gilt für die Untersuchung der Care-Migrantinnen im geteilten Europa (Lutz und Palenga), doch wird die transnationale Dimension der Care-Krise hier besonders scharf analysiert und die Widersprüchlichkeit der EU-Strategie des adult-worker-models zu den weithin dominanten kulturellen Geschlechter-Kodizes auf den Punkt gebracht.

Im dritten Kapitel wird in vielen Facetten auf empirischer Ebene entfaltet, wie die im nationalen Kontext unterschiedlichen sozialpolitischen Reformen (*Ellen Kuhlmann* und *Christa Larsen* für die Pflege im europäischen Vergleich, *Peter Hammerschmidt* für die Soziale Arbeit in Deutschland) und die Globalisierung (z. B. *Michael Fine* für die Altenpflege in Australien) in den Feldern beruflicher Sorgearbeit zu neuen Steuerungsmustern und Arbeitsanforderungen führen. Bedeutsam für die Frage der Professionsentwicklung ist dabei, wer mit welchem Ziel Veränderungen erzeugt. Professionalisierung findet eher auf der Basis des Managements von Care statt, ist also gleichbedeutend mit einer tendenziellen Abkehr vom Kern interaktiver, praktischer Sorgearbeit. Dies könnte eine weitere Segmentierung von Beschäftigungsgruppen zur Folge haben. Da Care sektoral und funktional differenziert erfolgt, ist v. a. auch die Frage bedeutsam, wie in dem zumeist vorfindbaren Mix von bezahlter und unbezahlter Arbeit die unterschiedlichen Logiken (familiäre, gemeinwirtschaftliche, bürokratische, marktliche) auf einander bezogen werden und zusammenwirken. Ob sich daraus neue Grenzziehungen und v. a. geschlechterbezogene Umverteilungen ergeben, prüfen z. B. *Birgit Riegraf* und *Romy Reimer* an Wohn-Pflege-Gruppen, die außerhäuslich, aber mit starker Beteiligung von Angehörigen die Langzeitunterstützung alter Menschen organisieren.

Wie wichtig für die Praxen von Sorge und Sorgearbeit ein genauer Blick auf die jeweiligen Care-Regime ist, zeigen die im vierten Kapitel besonders zahlreichen Ländervergleiche und Länderstudien. Exemplarisch sei hier auf den Beitrag von *August Österle* verwiesen. Er macht deutlich, dass die unzureichenden Langzeitpflegepolitiken der neuen postkommunistischen EU- Mitgliedsstaaten in Mittel- und Osteuropa vor dem Hintergrund eines ausgeprägten »family care model« zu verstehen sind. Interessanterweise ist dies jedoch für die Pflege relevanter als für die Kinderbetreuung. Und trotz Clusterung einer solchen Ländergruppe verweisen erklärungsbedürftige Ausnahmen wie etwa Slowenien oder Tschechien auf die Notwendigkeit eines sehr genauen Blicks auf das Zusammenspiel von Kultur, Institutionen und Ökonomie. Andere Beiträge – wie z.B. die von *Hildegard Theobald* oder *Erna Appelt und Eva Fleischer* – sind stärker konzeptionell ausgerichtet und beleuchten entweder im Ländervergleich das Phänomen der Intersektionalität oder aber die widersprüchliche Modernisierung eines konservativen Sorgeregimes wie Österreich. Und wengleich für die Analyse der Altenbetreuung in Japan immerhin noch die in Schweden entwickelte Dimensionen (*Saito*) tauglich scheinen, verweist der Blick auf das Sorge-Regime in Südafrika auf Grenzen einer in und für Europa entwickelten Wohlfahrtsstaatsforschung, insofern als zumindest die Mehrheit der afrikanischen Bevölkerung nach wie vor sowohl finanziell als auch praktisch weitgehend durch Verwandte versorgt wird, sich diese Netze aber durch den Rückzug der patrilinearen Linie in sich drastisch verändert haben.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass es den Herausgeberinnen und Autor_innen gelungen ist, Care als ein globales und transnationales Thema aufzufächern. Dabei wird deutlich, dass Reproduktionskri-

sen zwar ein globales Phänomen sind, sich jedoch jeweils andere Aspekte »aufdrängen«: In den entwickelten Wohlfahrtsstaaten sind es Fragen nach der Qualität, den Arbeitsteilungsmustern und Arbeitsbedingungen und ihren gesellschaftlichen Folgen für die soziale Ungleichheit. Im globalen Süden und in einigen »Entsendestaaten« der Care-Migrant_innen geht es dagegen um existentielle Unterversorgung mit Care. Zudem wird deutlich, dass die unterschiedlichen »Zuständigkeiten« für Versorgung und Fürsorge zwischen Privatheit, Staat, Markt und bürgerschaftlichem Engagement im Rahmen von Sorgeregimen höchst unterschiedliche Folgen für Geschlechter- und Generationenverhältnisse zeitigen. Der Tenor der Beiträge ist durchweg kritisch und besorgt, spiegelt den gesellschaftlichen Problemdruck. Die Analysen enthalten auch mehr oder weniger entwickelte Visionen einer lebensdienlichen Gesellschaft, sind jedoch überwiegend in Bezug auf, die politischen Umsetzungsmöglichkeiten eher skeptisch. Eine Vermessung des Themas ist in weiten Teilen gelungen, wengleich viele Aspekte so neu nicht sind (wie etwa die Bedeutung einer Kultur oder eines Welfare-Regimes für Care). Die kompakte Zusammenstellung und der weitgehend gelungene Versuch der Sortierung der Beiträge machen den Wert des Bandes aus. Auch wenn nicht immer zwingend ist, warum welche Länder ausgesucht wurden, öffnet sich doch durch die Vielfalt der Blick und fordert zu weiteren, noch systematischeren Vermessungen auf. Hierzu gehören auch nächste Schritte, z.B. an schärferen Begriffen zu arbeiten, interdisziplinär zu forschen, Männlichkeit in den Themenkanon von Care aufzunehmen, die Perspektive der Care-Receiver vermehrt einzubeziehen sowie vor allem auch Diskurse stärker in Bezug zueinander zu setzen: zum Beispiel den um die Ethics of Care, den Ausbau öffent-

licher Care-Leistungen, die EU-Beschäftigungsstrategie, die Krise von Wohlfahrtsstaat und Kapitalismus und die Grenzen der Warenförmigkeit menschlicher Fähigkeiten und Bedürfnisse.

Angelika Diezinger und Karin Jurczyk

Gabriele Winker: **Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft.** Bielefeld: transcript Verlag 2015. 200 S., € 11,99. – Brigitte Aulenbacher, Birgit Riegraf, Susanne Völker (Hrsg.): **Feministische Kapitalismuskritik. Einsteige in bedeutende Forschungsfelder.** Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot 2015. 179 S., € 15,90

Ende der 1970er / Anfang der 1980er Jahre gab es schon einmal eine heftige Debatte über den Zusammenhang von Kapitalismus und der ›Arbeit aus Liebe‹ (vgl. Gisela Bock und Barbara Duden 1976, Silvia Kontos und Karin Walser 1979). Bezugspunkt war die vorherrschende linke Kapitalismuskritik, welche in all ihren Varianten eines gemeinsam hatte: Die Arbeit von Frauen in den privaten Haushalten wurde genauso ignoriert wie in konservativen ökonomischen Analysen. Auch damals ging es nicht nur um feministische Erkenntnis, sondern ebenso um politische Strategie: Wie die bezahlte Arbeit in Berufen sollte die unbezahlte Hausarbeit nicht nur endlich wahrgenommen und anerkannt, sondern auch zwischen den Geschlechtern neu verteilt werden.

In Beruf und Öffentlichkeit stehen Frauen in Deutschland – zumindest rhetorisch – inzwischen alle Türen offen. Mehr noch: Am besten sollen sie nun überall in gleicher Weise präsent sein wie Männer, auch in den Aufsichtsräten. Was dann aus der Arbeit zu Hause wird, werden könnte, werden sollte – dazu herrscht heute eher vielsagendes Schweigen. Ist

›Lohn für Hausarbeit‹ 2015 vielleicht das, was der Zugehfrau aus Kroatien oder der Polin, die den alten Vater rund um die Uhr versorgt, gezahlt wird?

Seit einiger Zeit mehren sich Zweifel, ob die Entwicklung der letzten Jahrzehnte nicht auch Elemente eines feministischen Pyrrhussieges in sich birgt. War die Neue Frauenbewegung vielleicht (vor allem? zumindest auch?) – wie es Nancy Fraser darstellt – dafür gut gewesen, den Übergang zur neuen neoliberalen, postfordistischen, transnationalen Form von Kapitalismus zu legitimieren? Gerade in der Verbindung mit der ›Liebe als Arbeit‹ wird ein anders fokussierter Blick auf kapitalistische Entwicklung immer drängender.

Sichtbarkeit, Distribution, Gerechtigkeit im Zusammenhang mit Kapitalismusanalyse und (nicht nur) Reproduktionsarbeit – die aktuelle Care-Diskussion greift alte Anliegen wieder auf und erweitert die damalige Debatte um wichtige Aspekte. Dafür war Gabriele Winkers Analyse der gegenwärtigen Krise sozialer Reproduktion von 2011 wichtig, mit der sie in der Zeitschrift *Das Argument* provokativ zur Care-Revolution aufrief. Im Netzwerk Care Revolution (mit dem schönen Slogan ›Her mit dem guten Leben! Für alle weltweit!‹) arbeiten inzwischen über 70 einschlägig engagierte Gruppen zusammen (www.care-revolution.org). Nun entwickelt Winker ›Schritte in die solidarische Gesellschaft‹, es geht also explizit um Strategie. Ausgehend von der sehr nützlichen Diskussion der theoretischen Unterschiede zwischen Reproduktionsarbeit und Care verweist sie auf gravierende Care-Defizite sowohl in den privaten Haushalten als auch in den Care-Berufen und macht die gegenwärtige ›strategische Entthematisierung von Care-Arbeit‹ deutlich, um daran anschließend nach Gründen dafür und vor allem nach Handlungsmöglichkeiten dagegen zu suchen.

Die Analyse der Wurzeln der gegenwärtigen Krise und der Nachweis gemeinsamer Interessen sehr unterschiedlicher Gruppen in einer Care-Bewegung sind m.E. überzeugender als die vorgeschlagenen Transformationsstrategien in eine solidarische Gesellschaft. Gezeigt werden die verschiedensten Modelle, die privat und beruflich verfolgt werden, um Care-Arbeit zu verrichten, und es wird das ganze Ausmaß an Überlastung und Erschöpfung der Menschen sichtbar, die für andere Menschen in verschiedenen Kontexten sorgen. Die systemische Bedingtheit der Überforderung vieler Sorgearbeitenden fasst Winker als Krise sozialer Reproduktion und als Moment der Überakkumulationskrise zusammen. An dieser Stelle bricht die Analyse ab, um auf die neu entstandene Care-Bewegung einzugehen, eher allgemein bleibende Vorschläge (z.B. zur Vernetzung und zum Ausbau einer sozialen Infrastruktur) zu entwickeln und schließlich bei der Vision der Vergesellschaftung aller Produktionsmittel anzukommen.

Für die »revolutionäre Realpolitik«, die Winker fordert (denn diese erscheint auch ihr derzeit plausibler als ein grundlegender Systemwechsel), bräuchte es aber gerade aus strategischen Gründen spezifischeres Wissen über das gegenwärtige Care-Regime. Wie die vergleichende Wohlfahrtsstaatsanalyse zeigt, nimmt Care in unterschiedlichen kapitalistischen Gesellschaften durchaus recht verschiedene konkrete Formen an – warum sind z.B. mancherorts deutlich weniger belastende Care-Arrangements möglich, sei es beim Betreuungsschlüssel in den Kitas und in der Pflege, sei es bei der Arbeitsplatzgestaltung der Migrantinnen, die alte Menschen versorgen, oder sei es auch konzeptionell, z.B. bei Ansätzen für die Inklusion von Menschen mit Behinderungen? Für die mögliche Gestaltbarkeit von Care steckt der Teufel im Detail, und wenn »politische

Transformationsstrategien« in Deutschland gelingen sollen, die »Care-Arbeit als Bezugspunkt der Gesellschaftsveränderung« wählen, kommt man beispielsweise an einer Auseinandersetzung mit derzeit zentralen mächtigen Akteuren wie den Wohlfahrtsverbänden nicht vorbei.

Auch in dem schmalen Band »Feministische Kapitalismuskritik. Einstiege in bedeutende Forschungsfelder« aus der Reihe »Einstiege. Grundbegriffe der Sozialphilosophie und Gesellschaftstheorie« werden Care und Care-Arbeit thematisiert. Darin resümieren Brigitte Aulenbacher, Birgit Riegraf und Susanne Völker drei zentrale Stränge feministischer Kapitalismuskritik mit ihren spezifischen Akzentsetzungen und stellen die jeweils wichtigsten Forschungsfelder vor.

Erstens nehmen sie Ansätze in den Blick, die Kapitalismus v.a. als Herrschaftszusammenhang sehen, und dort ordnen sie aktuelle Analysen von Care und Care-Arbeit aus der Sicht feministischer Ökonomie und Gesellschaftskritik ein. In diesem ersten Abschnitt findet sich auch ein Interview mit Ariel Salleh über »Ecofeminism and the Politics of Reproduction«. Deutlich wird, dass die kapitalismuskritische Care-Forschung nicht nur an alte feministische Traditionen anknüpft, sondern auch in einer Linie mit Bemühungen der professionellen Soziologie (z.B. der DGS oder der ISA) steht, die derzeit ebenfalls gesellschaftspolitisch drängende Fragen im Sinne einer »public sociology« in die Öffentlichkeit zu tragen versucht. Kritisch verweisen die Autorinnen darauf, dass der Standort, von wo aus jemand die Stimme erhebt, immer zentral bleibt: Wem kann das gelingen? Wessen Vorstellungen eines guten Lebens und gelingender Sorge werden transportiert?

Zweitens werden theoretische Ansätze aufgegriffen, die sich v.a. mit Gerechtigkeit, Arbeit und sozialer Ungleichheit beschäftigen. Hier werden sowohl Gerech-

tigkeitstheorien verhandelt, die sich um Fragen von Umverteilung bzw. Anerkennung kümmern als auch Gerechtigkeitskonzeptionen im Kontext von Wohlfahrtsstaatentwicklung diskutiert. Ebenso wird hier auf den Intersektionalitätsansatz als wichtigen mehrdimensionalen Zugang zu Fragen sozialer Ungleichheit eingegangen.

Drittens geht es um praxistheoretische Zugänge, welche zum einen die Herstellung des Sozialen (wie z.B. in Ansätzen von queer theory oder in ethnomethodologischer Perspektive) in den Mittelpunkt stellen, zum anderen werden Phänomene von Prekarisierung und der Expansion von Unsicherheiten und Instabilitäten im Zusammenhang mit veränderten Konzepten von Weiblichkeit und Männlichkeit thematisiert. Solchen Ansätzen ist gemeinsam, dass sie sich kritisch zum gegenwärtigen Kapitalismus positionieren, ohne Kapitalismus als totalitären Strukturzusammenhang zu begreifen. Vielmehr stellen diese durch ihre Betonung unterschiedlichster Formen des In-der-Welt-Seins die Frage nach dem Ort und den Praktiken des ›Politischen‹ neu.

Zum Schluss fragen die Autorinnen danach, was mit feministischen Kapitalismuskritiken gewonnen ist und was zu gewinnen sein könnte. Eine Antwort lautet: Die vorgestellten Perspektiven fokussieren nicht nur verschiedene Aspekte von Gesellschaftsanalyse, sondern können sich gegenseitig Anregung und Korrektiv sein. Das sei die Stärke der inzwischen vielschichtigen feministischen Kapitalismuskritik. Die Stärke dieses Bandes ist es, die zentralen Blickrichtungen, Begrenzungen und Verbindungslinien zwischen den einzelnen vorgestellten Stimmen sichtbar und nachvollziehbar zu machen.

Gerade zusammen sind die beiden Bücher eine lohnende Lektüre.

Maria S. Rerrich

Josch Hoenes, **Nicht Frosch – nicht Laborratte: Transmännlichkeiten im Bild. Eine kunst- und kulturwissenschaftliche Analyse visueller Politiken.** Bielefeld: transcript 2014, 270 S., € 33,00

In der Einleitung seiner kulturwissenschaftlichen Dissertation diskutiert Josch Hoenes den Text »Look! No, don't!« des US-amerikanischen Künstlers und Transaktivisten Jamison Green. Bezugnehmend auf die Vorträge und Diskussionsveranstaltungen, die er an Schulen und Universitäten abhält, um das dortige Publikum mit Transsexualität zu konfrontieren, schreibt Green: »Stepping in front of the class we become laboratory rats, frogs in the dissection tray, interactive multimedia learning experiences« (15). Für Hoenes bietet diese Wahrnehmung einer der bekanntesten Personen aus der akademischen wie politischen Transbewegung nicht nur ein Aufmerksamkeit erweckendes und originelles Titelzitat, sie entfaltet für ihn darüber hinaus und vor allem bedeutende Referenzpunkte für seine Analyse visueller Politiken von ›Transmännlichkeiten im Bild‹. Sowohl Frosch als auch Laborratte verweisen auf eine von Macht erfüllte, hierarchische Ordnung des Wissens, in dem die vermeintliche Evidenz ›echter‹ Geschlechter nicht zuletzt auch immer wieder übers Ansehen, Beobachten, ins Bild setzen und zur Schau gestellt werden produziert und verbreitet wird. Doch versteht Hoenes visuelle Repräsentationen von Geschlecht und Sexualität nicht nur als einen zentralen Modus zur Aufrechterhaltung heteronormativer Zweigeschlechtlichkeit, er schreibt ihnen auch Potenziale zu um »heteronormative Wahrnehmungs- und Deutungskonventionen zu irritieren und alternative Vorstellungen ... zu artikulieren« (33). Angesichts dieser Wirkmächtigkeit des Visuellen fragt Hoenes in seiner Arbeit, wie und unter welchen Bedingungen künstle-

rische Repräsentationen von Transmännlichkeit Einsprüche in hegemoniale Vorstellungen von Geschlecht und Sexualität formulieren können und woran diese Versuche auch scheitern können. Wichtig ist für ihn in diesem Zusammenhang nicht zuletzt auch die Frage nach den damit verbundenen Möglichkeiten, (eigene) Transmännlichkeit neu und anders erzählen zu können, »wie ich lesbar und verstehbar werde« (28), jenseits der in hegemonialen Diskursen dominanten Metapher von der Transperson als »im falschen Körper gefangen«.

Hoenes Studie ist an der Schnittstelle von Kunst-, Medien- und kulturwissenschaftlichen Gender- bzw. Queer Studies verortet, und sie ist entsprechend in ein ebenso weites wie komplexes Netz von theoretischen wie transaktivistischen Zusammenhängen verwoben. Das ist einerseits eine Stärke der Arbeit, verweist aber auch auf Schwächen. Das Buch ist leider etwas unglücklich strukturiert, denn es vergehen 140 Seiten, bevor sich Hoenes den Bildern, seinen eigentlichen Untersuchungsgegenständen, eingehend zuwendet. Im großen ersten Teil der Arbeit entwirft der Autor sowohl seinen methodisch-theoretischen als auch seinen politischen Bezugsrahmen. Beide sind ohne Frage bedeutsam für die spätere Analyse und all das ist auch souverän und mit Engagement verfasst, doch wird die Geduld der Leser_innen hier auch arg mit Bekanntem strapaziert, verpackt in lange »Klassikerzitate« und noch längere Fußnoten.

Dafür gewinnt *Nicht Frosch – nicht Laborratte* im eigentlichen Analyseteil deutlich an Dynamik. Hier unterzieht Hoenes fünf zum Teil sehr bekannte Kunstproduktionen (*Distortions* sowie *God's Will* von Loren Cameron, *Tanz Portraits* sowie *TransGenital Landscapes* von Del LaGrace Volcano, und schließlich Kimberly Pierces Spielfilm *Boys Don't Cry*) einer originellen

und wichtigen »teilnehmenden Lektüre«, die sich mitunter substanziell von bekannten und in der Forschung diskutierten Lesarten unterscheiden. All diese visuellen Repräsentationen von Transmännlichkeit, so Hoenes, besitzen Potenziale, Identitäten von Transmännern zu affirmieren, doch sie alle fordern vermeintlich stabile Ordnungen auch immer wieder heraus, unterlaufen und verunsichern sie. Die Studie zeigt so, »dass visuelle Repräsentationen – und insbesondere das Medium der Fotografie – in entscheidender Weise an der Produktion von Vorstellungen heteronormativer Zweigeschlechtlichkeit und ihrer Abweichungen beteiligt sind, dass sie aber auch wirksame Mittel sind, diese Vorstellungen zu kritisieren, umzuarbeiten und neue Sicht- und Sehweisen zu entwerfen« (242). Damit stellt die Arbeit auch die Frage nach Rolle und Funktion von Kunst in gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen, nach ihrem Platz zwischen visuellen Politiken des *queering* einerseits und stabilisierenden Identitätspolitikern andererseits. Mit seinen Relektüren ist Josch Hoenes ein interessanter und wichtiger Beitrag sowohl zu Gender- und Transdebatten als auch zu den kulturwissenschaftlichen Visual Culture Studies gelungen.

Leider muss diese Besprechung aber trotz ihrer wohlwollenden Haltung gegenüber den Analysen des Autors und ihrer Ergebnisse mit einem kritischen Hinweis enden, der indes nicht an Hoenes, sondern an den Verlag oder vielleicht auch an das ganze System des Dissertationsdrucks mit seiner ausufernden Kostenspirale adressiert ist. *Nicht Frosch – nicht Laborratte* ist eine Studie zu Fotografie und Film, zu visuellen Repräsentationen von Geschlecht und Sexualität in Kunstproduktionen, und als solche verdient sie qualitativ hochwertige Bilder. Das versäumt der Band auf ganzer Linie – die meisten der über 20 Abbildungen sind von bedau-

ernswerter Qualität und auch viel zu klein, das gilt insbesondere für die Aufnahmen aus *Boys Don't Cry*. Es wäre dieser insgesamt gelungenen Studie zu wünschen, sie könnte ihr Material in angemessener Weise präsentieren.

Olaf Stieglitz

Karin Hostettler, Sophie Vögele (Hrsg.): **Diesseits der imperialen Geschlechterordnung. (Post-)koloniale Reflexionen über den Westen.** Bielefeld: transcript 2014, 326 S., € 34,99

»Europe was made by its imperial project« schreiben Ann Stoler und Frederick Cooper 1997 in der Einleitung zu ihrem wegweisenden Band *Tensions of Empire*, der einen wichtigen Perspektivenwechsel in der Kolonialgeschichte bewirkte. Sie fordern darin die Erweiterung des analytischen Referenzrahmens: Neu soll dieser Kolonien und Metropolen umfassen und damit auch verstärkt Rück- und Wechselwirkungen zwischen beiden Sphären sichtbar machen. In den Blick kommt damit, dass auch westliche Gesellschaften im imperialistischen Kontext entstanden und weitgehend durch diesen konfiguriert worden sind. Der vorliegende, von Karin Hostettler und Sophie Vögele herausgegebene Sammelband *Diesseits der imperialen Geschlechterordnung* setzt bei dieser Einsicht an: Er fordert dazu auf, das postkoloniale »Diesseits« einer westlich situierten Geschlechterforschung in den Blick zu nehmen. Wie die Herausgeberinnen in der Einleitung ausführen, geht es ihnen darum, postkoloniale Perspektiven in den Gender Studies zu etablieren (8). Insbesondere der »Anspruch auf Universalität« und die »bevormundende Komponente« (13) eines eurozentrischen feministischen Wissens sollen dabei einer Kritik unterzogen werden. Eine solche Selbst-Provinzia-

lisierung führe nicht nur, so die Herausgeberinnen, zu einer anderen Haltung gegenüber den postkolonialen Anderen, sondern auch zu wegweisenden Einsichten in die kolonialen Bedingungen des eigenen Selbst.

Die Herausgeberinnen entwickeln ihre einleitenden Gedanken mit Bezug auf die Arbeiten von Oyèrónkẹ́ Oyěwùmí, Jacqui Alexander, Meyda Yeğenoğlu oder María Lugones und bringen derart Autorinnen ins Gespräch, die im deutschen Sprachraum zu Unrecht (noch) wenig Beachtung finden. Wünschenswert gewesen wäre allerdings ein Überblick auf die breite, und mittlerweile auch im deutschsprachigen Raum ansehnliche Forschungsliteratur zum Thema. So fehlt etwa eine Auseinandersetzung mit den Debatten zur Intersektionalität: In diesen wird die Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen einer feministischen Kritik, die ihre Verstrickungen mit unterschiedlichen Herrschaftsverhältnissen reflektiert, seit längerer Zeit und durchaus kontrovers diskutiert.

Von den neun Hauptbeiträgen sollen zunächst zwei, die sich der Care-Thematik widmen, eingehender vorgestellt werden. Ein eindrückliches Beispiel davon, wie koloniale Strukturen in die Gegenwart hineinwirken, liefert der Artikel von *Patricia Baquero Torres* und *Frauke Meyer*. Er hat die kolonialen Muster eines stark vergeschlechtlichten und für die Gesellschaft grundlegenden Berufsbereichs zum Thema: die Pflege. Gezeigt wird, wie die Eignung für den Pflegeberuf in Deutschland vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart über rassistische und vergeschlechtlichte Zuweisungen erfolgt. So galten schwarze Frauen in den Pflegeinstitutionen der deutschen Afrika-Kolonien als vermännlicht; sie wurden für schwere Arbeiten fernab von den weissen Patienten und Patientinnen eingesetzt. Wie die Autorinnen durch Interviews mit Vertreter-

rinnen und Vertretern von Behörden und Care-Institutionen zeigen, stossen schwarze Frauen in Pflegeberufen noch immer auf solche Vorurteile und werden tendenziell für hierarchisch tiefer stehende und schlechter entlohnte Putzarbeiten vorgeschlagen. Anders werden nicht-schwarze Frauen *of color* behandelt, die, angetrieben durch den Arbeitskräftemangel im Care-Bereich, oftmals mit Hilfe rassistischer Stereotype als empathisch, mütterlich und warm und darum als für den Pflegeberuf geeignet dargestellt werden. Eine Rückblende in die Mitte des 20. Jahrhunderts macht deutlich, dass zeitweise auch afrodeutsche Frauen für Pflegeberufe angeworben worden sind. Das Stereotyp der schwarzen Mütterlichkeit wurde dabei mit heteronormativen und rassienhygienischen Argumenten verknüpft. Daraus entstand das Narrativ, schwarze Frauen würden nicht heiraten und keine eigenen Familien gründen können. Der Pflegeberuf erwies sich dergestalt als paternalistisches Angebot einer rassistischen Gesellschaft an schwarze Frauen, ihre »natürliche« Fürsorgeneigung ausleben zu können. Mit der Rekonstruktion solcher historisch wechselnder Einsätze von kolonialen Mustern zeigt der Beitrag, wie sich die Kodierung von Rassendifferenzen an die Verhältnisse des Arbeitsmarktes anpassen, während dessen rassistische Segmentierung aufrechterhalten bleibt.

Eine andere Perspektive auf den Zusammenhang von *Care*, Weiblichkeit und Rassifizierungsprozessen eröffnet *Franziska Schutzbach* mit ihrer Analyse von aktuellen Fertilitätspolitiken. Dabei setzt sie bei Debatten zur demographischen Entwicklung Europas an: Überalterung und niedrige Geburtsraten künden demnach vom drohenden Untergang Europas und kontrastieren mit Vorstellungen eines überbevölkerten Südens. Solche Krisenszenarien, so zeigt die Autorin, stehen in einer kolonialen Genealogie, die bis ins

späte 18. Jahrhundert zurück reicht: Schon in den Schriften des einflussreichen britischen Ökonomen Robert Malthus lässt sich die Angst vor dem Aussterben Europas finden. Schutzbach zeigt, wie die Vorstellung einer geordneten Reproduktion, welche die Zukunft des Nordens sichert, bei Malthus mit dem Phantasma einer unkontrollierten Vermehrung devianter Subjekte gekoppelt ist: der Wilden im Süden und dem Mob in der eigenen Gesellschaft. In einem *Close Reading* von aktuellen, u. a. von der WHO herausgegebenen Dokumenten zur Bevölkerungsentwicklung zeichnet die Autorin nach, wie solche koloniale Wahrnehmungen auch gegenwärtige Diskurse strukturieren. Sie macht eine differentielle biopolitische Logik ersichtlich, die nicht nur Norden und Süden trennt, sondern auch die diskursive Konstruktion der europäischen Bevölkerung durchzieht. Während für die weisse Europäerin eine Optimierung der Reproduktionsbedingungen gefordert wird, damit sie Elternschaft mit Beruf vereinbaren kann, gelten Frauen, die als Migrantinnen konstruiert werden, aufgrund ihrer angeblich patriarchalen Herkunftskultur als verletzlich und gefährdet. Schutzbach folgert daraus, dass die europäische Frau als »Hoffnungsträgerin für die reproduktive Zukunft Europas« (89) inszeniert wird, während die Migrantin erst zur Bewältigung dieser Aufgabe erzogen werden muss. Im Fluchtpunkt dieser biopolitischen Regulierungen, welche immer auf den weiblichen Körper abzielt, ortet Schutzbach damit die bedeutsame politische und ethische Frage, wer Europa reproduzieren soll und wer nicht.

Mit dem Artikel von *Martina Tisberger* zur Psychoanalyse und demjenigen von *Karin Hostettler* zum Kritikbegriff von Immanuel Kant legt der Sammelband akribisch durchgeführte und äusserst aufschlussreiche Lektüren von bedeutsamen

»Meistertexten« der Moderne vor. Während Tissberger die Verflechtung der psychoanalytischen Theorie mit Sexismus, Rassismus und Antisemitismus zum Thema hat, macht Hostettler deutlich, dass ein aufklärerischer Kritikbegriff, der bei Kant ansetzt (was nicht zuletzt Michel Foucault und Judith Butler tun), dessen Verzahnung mit einem frühen modernen Rasse- und Geschlechterdenken mit bedenken muss. Aufklärerische Kritik beim Wort genommen bedeutet dann, die kritische Tradition gegen sich selbst wenden und die ihr immanenten Ausschlussbewegungen zugleich sichtbar machen und aufbrechen zu müssen.

Überzeugend ist auch die Studie von *Kristiane Gerhardt*, die anhand der Transformation jüdischer Männlichkeitsnormen zeigt, wie der europäische Umgang mit der jüdischen Bevölkerung als innere Zivilisationsmission verstanden werden kann, welche zahlreiche Parallelen mit den kolonialen Unterfangen ausserhalb Europas aufweist. Die aufgezwungenen Normen wurden, so zeigt Gerhardt, partiell von jüdischen Reformern übernommen, wodurch im 19. Jahrhundert ein folgenswerer Transformationsprozess innerhalb der jüdischen Kulturen Europas in Gang gesetzt wurde. Dieser veränderte nicht zuletzt deren Verhältnis zu arabischen, afrikanischen und osteuropäischen Juden auf entscheidende Weise: westeuropäische Jüdinnen und Juden begegneten diesen zunehmend mit einer »zivilisatorischen Überlegenheitsgeste« (113) und engagierten sich in deren Herkunftsregionen für die »Anhebung der Kultur«. Mit ihrem doppelten Fokus auf innere und äussere Kolonialisierungsprozesse gelingt es Gerhardt, wenig bekannte Schnittstellen zwischen unterschiedlichen kolonialen Logiken zu beschreiben sowie einen wichtigen Beitrag zur Verschränkung von Rassismus und Antisemitismus zu leisten.

Die Beiträge von *Gabriele Dietze* und *Franziska Dübgen* schliesslich wenden die postkoloniale Perspektive auf den feministischen Diskurs zurück. So thematisiert Dietze in ihrer wegweisenden Gegenwartsanalyse, wie orientalistische Vorstellungen in aktuellen feministischen Debatten mobilisiert werden. Sie setzt diese in Bezug zu historischen Vorläufern in den USA und Deutschland und verweist kritisch auf die »höhere Sozialverträglichkeit« (261) eines okzidentalistischen Feminismus, der sich mit dem westlichen Patriarchat gegen orientalisierte Andere verbündet. Als mögliche Antwort auf die Notwendigkeit, feministisches Denken zu dekolonisieren, führt Dübgen schliesslich den Begriff der »reflexiven Solidarität« ein, welcher sich nicht von gemeinsamen Identitätskonzepten, sondern von kollektiven Praktiken nährt. Damit votiert sie – ganz im Sinne der Herausgeberinnen – für eine »machtsensible epistemische Praxis« (300), die einen Horizont feministischen Handelns eröffnet, der zugleich wegweisend ist und (noch) utopisch bleiben muss.

Wer einen systematisierenden Zugriff auf die Verschränkung von Kolonialismus, Sexualität und Geschlecht erwartet, wird im Sammelband nicht fündig; die einzelnen Artikel sind nur lose miteinander verbunden. Der Band besticht aber durch sorgfältig argumentierende Beiträge, die eine Übersetzung von postkolonialen Fragestellungen in einen »diesseitigen« europäischen Kontext leisten und der aktuellen Geschlechterforschung damit bedeutsame Anstösse zu geben vermögen.

Patricia Purtschert

Nikita Dhawan (Hrsg.): **Decolonizing Enlightenment. Transnational Justice, Human Rights and Democracy in a Postcolonial World.** Bd. 24 der Reihe Politik und Geschlecht. Opladen: Barbara Budrich 2014, 335 S., € 38,00

Das von Nikita Dhawan herausgegebene Buch bietet eine Vielfalt kritischer Auseinandersetzungen mit dem Erbe der Aufklärung in unserer postkolonialen Welt und strebt an, aufklärerisches Denken zu dekolonialisieren und kritisch zu betrachten. Mit den Beiträgen in diesem Sammelband ist weder eine einfache Wiederentdeckung der Vorteile aufklärerischen Denkens verbunden, noch eine kategorische Ablehnung aufklärerischer Ideale wegen ihrer Verstrickung in koloniale Gewalt. Vor dem Hintergrund, dass Politik, Ökonomie und Kultur immer noch von aufklärerischen Theorien geprägt werden, soll vielmehr der Versuch gemacht werden, den Platz der Aufklärung innerhalb umfangreicher Dekolonialisierungsprozesse neu zu bestimmen (10). Auf diese Prozesse geht der Sammelband in vier Hauptkapiteln ein, die sich auf die Verstrickungen zwischen Kolonialismus und Aufklärung, transnationale Gerechtigkeit, Menschenrechte und Demokratie konzentrieren. Bezugnehmend auf Dipesh Chakrabarty beschreibt Dhawan das Projekt des Sammelbandes als die Verhandlung aus der Aufklärung entstandene Konzepte und Ideen zu benutzen, »ohne die konstitutive Gewalt, die das Aufkommen dieser Normen markiert hat, zu reproduzieren« (11). Daher ist das Buch eine wichtige Intervention und Ergänzung für die postkoloniale feministische Wissenschaft und die Untersuchung von Demokratie, Menschenrechten und transnationaler Gerechtigkeit. Anstatt uns gebrauchsfertige Lösungen zu geben, um Gerechtigkeit in einer postkolonialen Welt zu erlangen, eröffnet das Buch tiefgehende

und kritische Auseinandersetzungen mit dem zweifelhaftem Erbe der Aufklärung. Es verweist uns auf die Notwendigkeit, dass die Wissenschaft die Aufklärung dekolonialisieren und ihre Position gleichzeitig innerhalb weitläufiger Dekolonialisierungsprozesse rekonzeptualisieren muss.

In ihrem Beitrag »Affirmative Sabotage of the Master's Tools: The Paradox of Postcolonial Enlightenment« wirft *Nikita Dhawan* wichtige Fragen auf, die sich bei der Dekolonialisierung und Rekonzeptualisierung der Aufklärung stellen. Indem sie der von verschiedenen kritischen Schulen und Denker_innen vorgenommenen Entzauberung der Aufklärung nachgeht, und auch deren Wiederverzauberung darstellt, wie sie sich bei Wissenschaftler_innen zeigt, die meinen, die Aufklärung werde einer Verstrickung in den Kolonialismus zu Unrecht beschuldigt, kann Dhawan Grenzen beider Ansätze aufzeigen. So haben postkoloniale und feministische Kritiken die Gewalt des aufklärerischen Nachdrucks auf Vernunft als Mittel zur Emanzipation aufgedeckt. Denn, aufklärerische Gedanken führten beispielsweise zu der Enteignung von indigenem Land, welche mit dem Argument des rationalen Nutzens gerechtfertigt wurde. Feministische und postkoloniale Kritik wiederum wird beschuldigt die Verstrickungen zwischen der Aufklärung und Kolonialismus zu homogenisieren. Am Beispiel der Haitischen Revolution könne man deutlich sehen, dass sich auch indigene Menschen aufklärerische Gedanken zunutze machten und sich diese aneigneten.

Genau dies ist der Ausgangspunkt für die wichtige Intervention dieses Sammelbandes. Dhawans Analyse hilft ihr das Paradox der postkolonialen Aufklärung prägnant zu benennen. Sie beschreibt es als »performativen Widerspruch« (69), da die Werkzeuge der kritischen Beurteilung der Aufklärung zuerst von aufklärerischen

Denkern artikuliert wurden. Hier ergeben sich wichtige Fragen: Wie kann die Aufklärung aus ihrem eurozentrischen Rahmen heraustreten und für andere Kontexte verwendet werden (70)? Welche Form kann unsere Kritik annehmen, wenn sie bereits mit kolonialen Vermächtnissen durchzogen ist? Wie können wir die »Werkzeuge des Meisters nutzen, um das Herrenhaus einzureißen« (71)? Dhawans suggestive Antwort stützt sich auf Gayatri Spivaks Vorschlag für *affirmative sabotage*, eine ermächtigende Haltung gegenüber der Aufklärung, welche die Aufklärung weder anklagt noch ihre Verstrickungen mit kolonialen Gewalt entschuldigt.

Beispielhaft für dieses Vorhaben ist der Essay von Karin Hostettler »Under (Post) colonial Eyes: Kant, Foucault, and Critique«, der durch eine genaue Auseinandersetzung mit Foucaults Lektüre von Kants *Anthropologie in pragmatischer Hinsicht* zeigt, wie das Erbe der Aufklärung bis heute Spuren hinterlässt. Hostettler argumentiert, Foucault habe den eurozentrischen Imperialismus der Kantschen Rassentheorie in seiner *Anthropologie* nicht angemessen adressiert und kritisiert (90). Hier kritisiert Hostettler explizit Foucaults Theoriebildung von Sprache als Vermittler von Gemeinsamkeiten über Standortgrenzen hinweg, welche sie als Bewahrung von Kants eurozentrischer Rassentheorie versteht (90). Paradoxerweise schreibt sie Foucaults Formulierung von Kritik trotzdem die Fähigkeit zu, Eurozentrismus zu untergraben und den Eurozentrismus der Kantschen Universalitätstheorien zu demontieren (91). Somit arbeitet Hostettler mit dem Paradox der Aufklärung und es gelingt ihr die Grenzen dieser Theorien zu überschreiten.

Decolonizing Enlightenment bietet vielfältige Strategien und Anregungen sich den Verflechtungen zwischen Aufklärung und Kolonialismus zu nähern. Ein weiteres Beispiel ist der Beitrag »A Historical

Claim for Justice: Re-configuring the Enlightenment for and from the Margins« von Ulrike Hamann. Hamann zeigt diskursive Strategien der Subjektbildung durch eine Analyse von Mary Church Terrells Besuch in Berlin im Jahre 1904. Church Terrell, Tochter von zwei ehemaligen Sklaven und Mitglied der US-amerikanischen Frauenbewegung zur Umsetzung des Frauenwahlrechts hielt 1904 als einzige woman of color Teilnehmerin eine Rede auf dem internationalen Frauenkongress. Hamann argumentiert, dass Terrells Rede, durch die Rekontextualisierung von diskursiven Subjekten und die subversive Aneignung diskursiver Instrumente, die durch repressive Regime entstehen, sozialer Wandel ermöglicht werden könne (139). So kontextualisierte Terrell in ihrer Rede Rassismus und Diskriminierung als Teil des Vermächtnis der Sklaverei und kolonialer historischer Kontinuitäten die zur anhaltenden Armut und fehlender Bildungsmöglichkeiten unter afroamerikanischen Frauen führt. Durch die Aufnahme von Dipesh Chakrabartys Vorschlag, sich die diskursiven Instrumente der europäischen Aufklärung anzueignen, liest Hamann den Besuch von Church Terrell in Berlin als eine Möglichkeit, neue Subjekte und Historien in den Begriff des Fortschritts einzuschreiben, was letztlich eine Form von Wandel ermöglicht (149–150). Somit ist Hamanns Beitrag beispielhaft in seinem weitreichenden Ehrgeiz, die Aufklärung und postkoloniale Welt zu dekolonialisieren und dieses Projekt gleichzeitig auf diskursiven, sozialen, kulturellen und politischen Ebenen anzugehen zu wollen, um so auf transnationale Gerechtigkeit hinzuwirken.

Eine Stärke von *Decolonizing Enlightenment* ist, dass eine Vielzahl von Institutionen, Praktiken und Denkschulen betrachtet werden, welche durch die Aufklärung geprägt worden sind. *María do Mar Castro Varelas* Analyse von Hannah Arendts Be-

richterstattung über den Eichmann Prozess sieht beständige Selbstkritik als eine Möglichkeit Bildung, angesichts der Verflechtungen zwischen dem Holocaust, Kolonialismus und der Aufklärung zu dekolonialisieren. *Jamila Mascats* Rezeptionsstudie von Hegel im *Black Atlantic*, von Paul Gilroy analysiert als transnationaler und kultureller Raum der afrikanischen Diaspora, schlägt »Postkolonialen Kannibalismus« für kulturelle Entkolonialisierung und eine Rekonzeptualisierung des Humanismus vor. *Frederick Cowell* benutzt das Konzept des »defensiven Relativismus« um zu argumentieren, dass europäische Staaten kulturellen Relativismus nutzen, um der Universalität entgegenzutreten und die Nichteinhaltung von universellen Menschenrechtsnormen zu rechtfertigen. Es gelingt ihm, den Fokus auf den Menschenrechtsverletzungen in postkolonialen Staaten als scheinhaft darzustellen, indem er zeigt wie strategisch defensiver Relativismus von europäischen Staaten eingesetzt wird. *Aylin Zafer* und *Anna Millan* lesen die feministischen Theoretikerinnen Seyla Benhabib und Gayatri Spivak, um die Forderung für die Entkolonialisierung von eurozentrischen demokratischen Theorien und Praktiken zu unterstreichen, so dass Demokratisierung und Desubalternisierung möglich werden.

Wir können *Decolonizing Enlightenment* eher als eine Reihe von Vorschlägen mit einer Verpflichtung zur Dekolonialisierung lesen als eine vorformulierte Agenda, die bereits beschreibt, was genau diese Dekolonialisierung enthält. Der Sammelband ist eine Einladung zur weiteren Untersuchung von Dekolonisierungstheorien und -praxen in Kultur, Ökonomie, Politik und Recht und bietet daher Ansatzpunkte für Wissenschaftler_innen, die im Bereich der postkolonialen feministischen Theorie arbeiten, sowie Wissenschaftler_innen in Philosophie, Politikwissenschaft, Recht und Kulturwissenschaften. Die Beiträge

zur kritischen Pädagogik, transnationalen Gerechtigkeit und Subjektbildung sind für Aktivist_innen, die im Rahmen von Demokratisierungsprozessen und Menschenrechten arbeiten und engagiert nach kritische Alternativen zu gewalttätigen kolonialen Kontinuitäten suchen, gleichermaßen relevant.

Michelle Pfeifer

Johanna Ludwig: **Eigner Wille und eigne Kraft. Der Lebensweg von Louise Otto-Peters bis zur Gründung des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins 1865. Nach Selbstzeugnissen und Dokumenten.** Leipzig: Leipziger Universitätsverlag 2014, 504 S., € 39,00

Die Gründung des »Allgemeinen Deutschen Frauenvereins« (ADF) im Oktober 1865 in Leipzig markiert den Beginn der organisierten Frauenbewegung in Deutschland. Dieses Ereignis jährt sich 2015 zum 150. Mal. Anlass genug, sich mit Louise Otto-Peters, der »Mutter der deutschen Frauenbewegung« (Ute Gerhard), näher zu beschäftigen, die Gründungsmitglied und erste langjährige Vorsitzende des Vereins war.

Eine der besten Kennerinnen des Lebens und des Werks von Louise Otto-Peters war wohl Johanna Ludwig (1937–2013). Bis zu ihrem Tod engagierte sie sich in der von ihr initiierten Louise-Otto-Peters-Gesellschaft e.V. in Leipzig, deren Vorsitzende sie auch war. Ihr fundiertes Wissen fand in dem hier besprochenen, postum erschienenen Lebensbild über die Journalistin, Publizistin, Dichterin und Frauenpolitikerin seinen Niederschlag. Wie Susanne Schötz im Vorwort betont, schrieb sie damit »ihre Deutung des Lebenswegs von Louise Otto-Peters« (10) nieder.

Der Band beschreibt in sechzehn chronologisch aufgebauten Kapiteln die ersten sechsundvierzig Lebensjahre von Louise Otto-Peters. Man folgt ihr durch glückliche Kindertage im sächsischen Meißen über frühe Schicksalsschläge, ihr beginnendes politisches Engagement im Vormärz und der Revolution von 1848/49, durch die schwierigen Jahre der Reaktion bis zur Gründung des ADF. Diese Lebensjahre werden von Johanna Ludwig anhand vieler gut recherchierter Quellen anschaulich beschrieben. Jedes Kapitel beginnt mit einer stichpunktartigen Zusammenfassung des Inhalts, in der wichtige Ereignisse und Personen genannt werden und die den Leser_innen einen ersten Überblick gibt.

Aus der Retrospektive beschrieb die 1819 geborene Meißnerin Louise Otto ihre Kindheit immer als glücklich. Sie ergänzte ihre vielfältigen Kindheitserinnerungen oft durch Beschreibungen des gutbürgerlichen Alltags im ersten Viertel des 19. Jahrhunderts. In dieser Zeit entwickelte sie ihre Naturliebe, ihren Wissensdurst und den Wunsch nach einem selbstständigen Leben (Kapitel II und III). Nachdem sie früh ihre älteste Schwester und beide Eltern verloren hatte, schöpfte sie neue Kraft aus einem intensiven Selbststudium und ersten literarischen Versuchen. Unterstützung fand sie in Gustav Müller, einem Dresdner Advokaten und Dichter, mit dem sie bald mehr verband als gemeinsame politische Ansichten. Doch das Glück endete abrupt, als ihr Verlobter nach kurzer Krankheit überraschend starb. Nach diesem Schlag verschrieb sich Louise Otto gesellschaftlichen Zielen: Sie trat als Schriftstellerin in die Arena des öffentlichen Lebens und beteiligte sich an den tagespolitischen Debatten ihrer Zeit. Neben ihrer politischen Lyrik, die ihr den Beinamen »Lerche des Völkerfrühlings« eintrug, veröffentlichte sie einen sozialkritischen Roman *Schloß und Fabrik* sowie

Reiseberichte und Artikel in diversen Journalen des Vormärz. Dabei diskutierte sie zunehmend die Stellung der Frauen in Staat und Gesellschaft, ihre politische Teilhabe und ihre Bildungschancen. Als 1848 die Revolution ausbrach, war aus dem »sächsischen Mädchen« eine in den liberal und demokratisch gesinnten Kreisen gut vernetzte und politisch engagierte Frau geworden. So zählte sie unter anderem Robert Blum und Franz Brendel zu ihren Freunden (Kapitel VIII). Mit der *Frauen=Zeitung* gründete sie 1849 eine Kommunikationsplattform von Frauen für Frauen aller Schichten und setzte sich damit gezielt für gesellschaftliche Veränderungen ein (Kapitel IX). Im selben Jahr lernte sie ihren späteren Ehemann August Peters kennen, kurz bevor der überzeugte Revolutionär in Rastatt gefangen genommen wurde. Anhand von persönlichen Quellen hat Johanna Ludwig eindrucksvoll die schwierige Zeit der Reaktion rekonstruiert. Louise Otto hatte in diesen Jahren immer wieder mit Repressionen durch den Polizeiparagrafen, sozialen Schmähen, Geldsorgen und Zukunftsängsten zu kämpfen. Hier zeigt sich eine verletzte und manchmal auch verzweifelte Frau, die aber stets ihren Überzeugungen treu blieb und sich für ihre Gesinnungsgenoss_innen einsetzte (Kapitel X–XIII). Die folgenden Kapitel wenden sich den Jahren zwischen 1856 und 1864 zu, die für Louise Otto-Peters im Zeichen des mehrfachen persönlichen Neubeginns standen: 1856 wurde August Peters aus der Haft entlassen und das Paar heiratete schließlich am 24. November 1858 im Meißner Dom. Als das Ehepaar nach Leipzig zog, widmeten sich beide der gemeinsamen journalistischen und redaktionellen Arbeit an der *Mitteldeutschen Volks-Zeitung* und etablierten sich in der intellektuellen Gesellschaft der Stadt. In dieser Zeit setzte sich Louise Otto-Peters auch wieder zunehmend mit der Frauenfrage

auseinander (Kapitel XV). Mit dem Tod ihres Mannes im Juli 1864 sollte für sie ein neuer und bedeutender Lebensabschnitt beginnen. Das letzte Kapitel des Buches (Kapitel XVI) wendet sich abschließend der Gründungsgeschichte des ADF zu.

Neben ihrem durch jahrelange Forschung gewachsenem Wissen über Louise Otto-Peters diente Johanna Ludwig ein dichter Quellenkorpus als Basis ihrer Arbeit. Neben Egodokumenten, wie Briefen, Tagebucheintragungen und dem noch unedierten Manuskript *Selbsterlebtes. Skizzen aus Haus und Welt*, das sich seit 2007 im Besitz der Louise-Otto-Peters-Gesellschaft befindet (16), konnte sie vielfältige publizistische und lyrische Texte heranziehen. Die vorhandenen Quellen belegen das vielseitige Schaffen Louise Otto-Peters' und ermöglichen zudem persönliche Einblicke in ihr komplexes Gefühls- und Geistesleben. Ihre persönliche Wahrnehmung hat Ludwig durch Erinnerungen und Berichte von Weggefährtinnen und Weggefährten ergänzt, die die Perspektive auf das Leben ihrer Protagonistin erweitern. Die vielen und gewissenhaft ausgewählten Zitate lassen die Biographie von Louise Otto-Peters anschaulich und lebendig werden. Gleichzeitig entsteht durch die Einbettung persönlicher Erlebnisse in den politischen und kulturellen Zusammenhang ein dichtes Bild der Zeit und der Lebensbedingungen. Daneben finden sich auch Einblicke in die Biographien bedeutender Zeitgenossinnen und Zeitgenossen sowie in das aktive Frauennetzwerk vor dem Beginn einer organisierten Frauenbewegung in Deutschland. Damit bietet die Arbeit von Johanna Ludwig viele interessante Anknüpfungspunkte. Eine daran anschließende wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Personenkreis um Louise Otto-Peters könnte nicht nur Lücken in einzelnen Biographien und den damaligen Netzwerken schließen, sondern auch neue Beiträge zur Frühphase der

deutschen Frauenbewegung und der Revolutionsgeschichte leisten.

Das gut lesbare Buch richtet sich nicht nur an ein Fachpublikum, sondern lädt auch interessierte Laien dazu ein, ihr Wissen über das 19. Jahrhundert zu erweitern. Dabei wird nicht nur ein fundiertes Bild über die Ursprünge der deutschen Frauenbewegung vermittelt, sondern auch über das Alltagsleben, die Revolution von 1848/49 und die Jahre der Reaktion in Sachsen. Durch sparsam gewählte Illustrationen, die vorwiegend Porträts oder zeitgenössische Stadt- und Landschaftsansichten zeigen, wird der Text passend ergänzt.

Manchmal wird der Lesefluss durch lange Gedichtzitate erschwert. Vielleicht wäre es sinnvoll gewesen, die vollständigen Gedichte in einem Quellenanhang abzudrucken und nur die prägnantesten Zeilen im Fließtext zu zitieren. Leider fehlt dem Buch zudem ein detailliertes Quellenverzeichnis sowie ein Personen- und Ortsregister, was aber auf die Umstände seiner Entstehung zurückzuführen ist. So wurden nach dem Tod Johanna Ludwigs letzte Ergänzungen am Manuskript von ihrem Ehemann und Sohn sowie Susanne Schötz vorgenommen (7). Ein Apparat würde bei der Fülle der verwendeten Quellen und genannten Personen die wissenschaftliche Arbeit erheblich erleichtern. Dennoch ist der vorliegende Band durch seine Informationsdichte für die Geschichte der deutschen Frauenbewegung und darüber hinaus von großer Bedeutung. – Man darf nur gespannt sein, ob sich jemand der großen Aufgabe stellen wird, das begonnene Werk fortzuführen und den zweiten Teil der Biographie über Louise Otto-Peters und ihre Arbeit im ADF während des Kaiserreichs zu schreiben.

Magdalena Gehring

Sibylle Plogstedt: **Mit vereinten Kräften. Die Gleichstellungsarbeit der DGB-Frauen in Ost und West (1990–2010).** Gießen: Psychosozial-Verlag 2015, 364 S., € 19,90

2013 erschien Sibylle Plogstedts umfassende Darstellung zur Arbeit der Frauen im DGB seit Beginn des DGB bis 1990 (vgl. *feministische studien* 1/14, 159ff.). Jetzt liegt der zweite Band vor, der den Zeitraum von der Wiedervereinigung bis 2010 umfasst und den Fokus auf die Gleichstellungsarbeit der Gewerkschaftsfrauen aus Ost- und Westdeutschland legt. Im Mittelpunkt steht der Aufbau des DGB in den neuen Bundesländern, den Gewerkschafterinnen aus beiden Teilen Deutschlands mit »vereinten Kräften« unterstützt haben. Plogstedt untersucht die Auswirkungen dieses historischen Prozesses, der mit Hoffnung und Neugier verknüpft war, aber auch mit Enttäuschungen darüber, wie wenig es gelungen ist, Frauenrechte und -strukturen innerhalb der Gewerkschaften und in der Gesellschaft insgesamt zu verankern oder auszuweiten: Frauen aus Ost und West hatten erwartet, stärker von der Einheit zu profitieren.

Wie bereits im ersten Band bettet die Verfasserin die DGB-Frauengeschichte in die Zeitgeschichte ein: Es geht um die deutsche Einheit und die Gewerkschaften, die Krise der Gewerkschaft und den Zusammenschluss von Einzelgewerkschaften, schließlich die Selbstbehauptung der Frauen mithilfe der Quote. Auch diese Arbeit beruht auf Interviews mit führenden Gewerkschafterinnen und auf Material aus den DGB-Archiven (z.B. Protokolle der Bundesfrauenkonferenzen). Zusätzlich zu den Einzelinterviews wurden vier Gruppeninterviews zur Sicht ostdeutscher Gewerkschafterinnen auf den Einigungsprozess, zur Selbsteinschätzung von Betriebs- und Personalrätinnen in Ost

und West, zu Erfahrungen von Streikführerinnen und Berichten von Leiterinnen der Abteilung für Frauen und Gleichstellung durchgeführt. Unter den Interviewten finden sich bekannte Namen ehemaliger (stellvertretender) Vorsitzender von Mitgliedsgewerkschaften wie Monika Wulf-Mathies (ÖTV); Britta Naumann (Arold, GEW); Margret Mönig-Raane (HBV) u.a. Ergänzend hat Plogstedt einzelne Gewerkschafterinnen porträtiert – neben Ursula Engelen-Kefer, die durch ihre kritische Einstellung zu den Arbeitsmarktreformen (Hartz IV) bekannt geworden ist – vor allem Frauen aus Ostdeutschland. Diese Montage aus Interviews, Biografien und Quellenmaterial ermöglicht es, neben den strukturellen Veränderungen auch subjektive Sichtweisen deutlich zu machen. »Die Einheit der Gewerkschaften beginnt im Osten«, stellt Plogstedt gleich zu Beginn fest. Die DGB-Frauen im Westen wurden, wie viele andere auch, von der friedlichen Revolution in der DDR überrascht. Sie brauchten eine Weile, um den bürokratischen Trott einer großen Institution zu durchbrechen. Noch ein halbes Jahr nach dem Fall der Mauer fehlte die politische Umwälzung auf der Agenda der Gewerkschaft, so dass erst kurz vor dem 14. DGB-Bundeskongress im Mai 1990 die Tagesordnung umgestellt wurde, um Zeit für eine Diskussion über das Ende der DDR zu finden. Erst allmählich erfolgte ein Tempowechsel und die erste gesamtdeutsche Frauenkonferenz konnte fünf Tage nach der Einheit stattfinden. Der gewerkschaftliche Organisationsaufbau Ost wurde Ende 1991, Anfang 1992 abgeschlossen. Es ist beeindruckend, wie Plogstedt die Erfahrungen der Frauen aus Ost und West vor und nach der Wende sowie beim Aufbau einer gemeinsamen Gewerkschaft lebendig werden lässt: Direkt nach der Wende haben Gewerkschafterinnen aus Ost und West zusammen gearbeitet, trotz

der Asymmetrie im Wissen über Kapitalismus, Management und Strukturen innerhalb der Gewerkschaften, die es im FDGB (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) nicht gab. Eine Ost-Gewerkschafterin beschreibt den gewerkschaftlichen Vereinigungsprozess als ein Hinübergehen in den Westen. »Wir sind eingenommen worden. Aber nicht in böser Absicht, sondern in guter Absicht« (65). Schnell prallten jedoch die unterschiedlichen sozialen Realitäten und Gleichstellungskonzepte aufeinander. Umstritten waren Schutzforderungen, wie das Nachtarbeitsverbot für Frauen im Westen und Quoten (in den Gewerkschaften und in Aufsichtsräten). West-Frauen hofften, einige soziale Errungenschaften der Ost-Frauen, wie das Recht auf Abtreibung, auf Arbeit und Kinderbetreuung auch für sich durchsetzen zu können. Es dauerte eine Weile, bis Ost-Frauen die Notwendigkeit der im Westen so hart erkämpften Frauenfördermaßnahmen erkannten und für sich zu nutzen bereit waren. Dann aber zeigten sich die negativen Folgen einer lediglich deklarierten Gleichstellung, die in Ungleichheit endete. Es blieb und bleibt den Frauen überlassen, Zustände, die Frauen diskriminieren, zu skandalisieren. Ein trauriges Beispiel hierfür ist die Lohndiskriminierung in ihrer deutschen Ausprägung – mit einem im europäischen Vergleich großen gender-pay-gap – die ausführlich behandelt wird. Selbst Gewerkschaftsfrauen scheinen mit der Forderung nach gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit nur schwer mobilisiert werden zu können. Im Einigungsprozess fiel jedoch auch das Sozialstaatsgebot der DDR-Verfassung und es wurde die Chance vertan, soziale und gleichstellungspolitische Rechte auf Gesamtdeutschland auszuweiten (mit Ausnahme der Erweiterung des Gleichstellungsgebots in Art. 3 des Grundgesetzes durch Einführung positiver Fördermöglichkeiten).

Im Auf und Ab der Mitgliederzahlen des DGB seit der Wende spiegeln sich neben der Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung auch enttäuschte Erwartungen vieler Frauen-Ost wider, die sich von einer Mitgliedschaft in einer DGB-Gewerkschaft die Vermittlung von Arbeitsplätzen erhofften. 1990/91 strömten Millionen in die West-Gewerkschaften, so dass diese von 7.861.120 Mitgliedern vor der Einheit 1991 auf 11.800.412 angewachsen waren; die IG Metall z.B. verzeichnete nach der Einheit den höchsten Zuwachs an Frauen. Auf diesen Aufschwung folgte 1993 die Krise. Ein Großteil des Zugewinns an Mitgliedern ging wieder verloren. Die Autorin geht ausführlich auf das Krisenmanagement des DGB ein, der sich durch Fusionen kleinerer, von der Insolvenz bedrohter Gewerkschaften zu größeren Einheiten wie z.B. der neu gebildeten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di finanziell stabilisieren konnte. Aus diesem Prozess gingen Frauen gestärkt hervor, sie konnten Frauenthemen bündeln und Frauenstrukturen ausbauen, unter anderem weil sie Kriterien entwickelt hatten, bei deren Nichterfüllung sie drohten, gegen eine Fusion zu stimmen.

Die häufig negativen Erfahrungen in der Gleichberechtigungspolitik werden an zahlreichen Initiativen seit der Wende expliziert. Den DGB-Frauen ist es z.B. nicht gelungen, das Ehegattensplitting abzuschaffen. Eine weitere Niederlage mussten sie bei dem Versuch hinnehmen, ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft einzuführen, wie es der Koalitionsvertrag der rot-grünen Bundesregierung vorgesehen hatte. Der unter Federführung von Heide Pfarr 2001 ausgearbeitete Entwurf scheiterte jedoch am Widerstand der Arbeitgeber, dem die rot-grüne Bundesregierung nichts entgegenzusetzen wusste. Die Gewerkschaften waren in den Verhandlungsprozess noch nicht einmal einbezogen worden. In der Quotenfrage al-

lerdings konnten Gewerkschaftsfrauen langfristig Erfolge erzielen. Es gelang ihnen, mit Hilfe der Frauenausschüsse als Pressuregroup, zunächst (1992) in der damaligen ÖTV mit der Vorsitzenden Monika Wulf-Mathies eine verbindliche Quote durchzusetzen, die nach und nach in allen Mitgliedsgewerkschaften erkämpft werden konnte. Eine Frauenquote konnte auch in dem 2005 reformierten Betriebsverfassungsgesetz durchgesetzt werden. Daraufhin stieg der Anteil der Frauen in den Gewerkschaften und unter den Delegierten zu den DGB-Bundeskongressen. Auch in den industriellen Aufsichtsräten waren Frauen immer häufiger vertreten. Erst durch die Einführung innergewerkschaftlicher Quoten wurden Frauen – so die Autorin – zu Gewinnerinnen der Einheit, nachdem sie unmittelbar nach der Wende, aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit, zunächst zu den Verliererinnen zählten.

Die Studie stellt eine wichtige Ergänzung zu dem ersten Band dar. Die gewerkschaftliche Geschichtsschreibung hat bisher den Anteil der Frauen als Reformmotor in der Gewerkschaftsbewegung sträflich vernachlässigt. Die beiden zeitlich dicht aufeinander folgenden Untersuchungen von Plogstedt sind deshalb *just in time* erschienen – als ein Beitrag gegen den neoliberalen anti-gewerkschaftlichen Trend. Sie sind nicht nur für Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen als Standardwerk unerlässlich, sondern sind auch für diejenigen, die sich mit Gleichstellungspolitiken beschäftigen und frauenpolitisch etwas bewegen wollen, von hohem Interesse.

Mechthild Veil

Anke Martiny: **»... und vor allem muss man jederzeit als voller Mensch leben.« – Als Frau in der Politik.** Mit einem Vorwort von Rita Süßmuth. Berlin: Nicolai-Verlag 2015. 327 S., 25 Fotos, € 19,95

Hinreißend und herzerreißend, dieses Buch. – Geschrieben von Anke Martiny, der europaweit bekannten Politikerin der deutschen Sozialdemokratie. Jahrgang 39, formuliert sie ihre Autobiographie als Confessio einer Frauen-Generation. Rückblick auf 75 Lebensjahre: aus bürgerlichem Haus, früher Mißbrauch, zwei Ehen, eine Lebenspartnerschaft, sieben Hausfrauenjahre, drei Kinder, eine Abtreibung, eine Dissertation und 17 Jahre im deutschen Parlament. 17 Umzüge. Zwei Jahre als Kultursenatorin in Berlin.

Jetzt zeichnet sie ihr gelaufenes Leben nach, plastisch privat, polemisch politisch – Tagebuchzitate, Parlamentsprotokolle, psychotherapeutische Notizen, Busengrapscherstenogramme. Glück und Krisen in Leben und Politik. Ihre Stil-Lage 1 ist nicht larmoyant – klar und redlich legt sie Rechenschaft ab, die protestantische Ethik führt die Feder. Stil-Lage 2 ist Funktionärssprech unter der Politikäseglocke, mit Rubrizierung des Kleinklein aller ihrer Tätigkeiten: »Ein Wust!« Trotzdem eine aufregende Lektüre-Expedition. Trotz des linkischen Titels, trotz des abwaschbaren Plastik-Einbandes, trotz der freudlosen Gestaltung des Buches.

Vorgeführt wird die exemplarische Vita einer Frau der Kriegsjahrgänge, die die Macht sucht, um ihre individuellen, generationellen, sozialen und feministischen Programme durchzusetzen. Dazu braucht sie die Partei. Dort profiliert sich die Musikwissenschaftlerin als Bildungsexpertin und als Repräsentantin der Frauen.

Wer schon als Mädchen mit 14 das Poesie-Album umstürzt, wer zwischen

geblümelten Buchdeckeln nicht »das Veilchen im Moose« sein will, sondern »die stolze Rose«, die stürzt auch die ehernen Ordnungen von Mann und Frau, von oben und unten um: Lebenslanger Kampf gegen »soziale Ungerechtigkeit und Geschlechterungerechtigkeit« ist ihre Parole.

Anke Martiny ist eine Partei-Frau – aber was für Eine! – Und die Genossen?

Den famosen Willy Brandt, den empfindlich-empfindsamen Womanizer, portraitiert sie als aufgeschlossen und offen in der Frauenfrage. Den virilen Weiberer Gerhard Schröder mit seinen vier gescheiterten Ehen, portraitiert sie als Macho, der in der F-Frage die berüchtigte Widerwärtigkeit vom »Gedöns« zum Kanzler-Wort macht. Diese beispiellose Diffamierung wird bis heute mit beispiellosem Spott bedacht.

Der dritte SPD-Grande ist zwar kein Bundeskanzler, der Intello-Macho Peter Glotz beansprucht aber erfolgreich die geistige Präsidenschaft der Partei und auch noch der ganzen Republik. Die heute schon geschichtsträchtige ASF, die »Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen«, mitbegründet von Anke Martiny – über die hämt er: »Hühnerhaufen«!

Nicht nett! Denn dieser Peter Glotz ist bis heute »die Liebe meines Lebens«. Für ihn lässt sie sich scheiden, mit ihm geht sie die zweite Ehe ein, für ihn zieht sie in die Bundeshauptstadt Bonn, für ihn zieht sie zu seinem Senatssitz nach Berlin und wieder retour an den Bonner Regierungssitz.

Acht Jahre lang glänzen die beiden auf den roten Teppichen von Partei und Prominenz als das Parade-Paar – bis er sie belügt, betrügt, sie seiner Zuneigung beraubt und austauscht gegen eine Andere, eine sehr junge Felicitas: Der Hohn des Clichés über beider Vita.

Rundum sieht sich die Genossin Anke selbst in ihrer politischen Heimat angegriffen, verletzt; die Pionierin sieht sich zu permanenter »Verteidigung und Rechtfertigung« genötigt und »unablässig beschämt«! Beschämt als vermeintliche Rabenmutter, beschämt als Perfektionistin über ihre vermeintlichen Unzulänglichkeiten, beschämt über das elterliche und nationale Beschweigen der Nazi-Zeit. Beschämt vor allem als Frau, die unentwegt mit ihren Fragen und Postulaten hinter der SPD-Religion des Primats der »Sozialen Frage« zurückzustehen hat.

Nicht nur in diesen schwarzen Stunden blickt da die rote Anke so ungläubig wie neid- und respektvoll hinüber zu ihrer jüngeren schwarzen Schwester Angela. Die CDU-Frau greift einfach »beherzt« nach der Regierung und setzt sich im männlichen Machtpalast durch. Parteiübergreifend souverän konzidiert Martiny Merkel, dass sie exemplarisch zeigt: »Auch Frauen können Kanzler!«

Friederike Hassauer